

**147. Beilage im Jahre 2022 zu den Sitzungsberichten  
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

**Selbstständiger Antrag**

**Beilage:** 147/2022

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 28. November 2022

**BETREFF: Vorarlbergerinnen und Vorarlberger entlasten statt immer weiter belasten – Gaspreisbremse in Österreich einführen!**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Nicht nur die Bevölkerung leidet unter den massiv gestiegenen Energiepreisen, auch mehr und mehr Betriebe im Land geraten aufgrund der explodierenden Energiepreise in eine finanzielle Notlage und stehen mittlerweile kurz vor der Schließung, viele Arbeitsplätze sind dadurch gefährdet.

Vor kurzem wurde im Nationalrat mit einer breiten Mehrheit eine so genannte Stromkostenbremse beschlossen. Die Regelung sieht dabei vor, dass Strom bis zu 80 Prozent des Durchschnittsverbrauchs staatlich subventioniert wird. Das ist aus unserer Sicht ein Mosaikstein, der mithelfen kann, die Teuerungswelle für die Bevölkerung abzufedern.

Ein weiterer notwendiger Mosaikstein für eine spürbare Entlastung ist aus unserer Sicht die Einführung einer Gaspreisbremse. Nachdem bereits mehrere europäische Staaten dämpfend auf deren Energiepreise einwirken, hat sich jüngst auch unser Nachbarland Deutschland im Rahmen des bestehenden Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds dazu entschieden, die steigenden Gaspreise über den Weg einer Gaspreisbremse ebenfalls zu dämpfen.

Der Präsident der Vorarlberger Wirtschaftskammer Wilfried Hopfner hat medial in Zusammenhang mit der deutschen Gaspreisbremse aufgrund der engen Verflechtungen des Exportlandes Vorarlberg vor Nachteilen für die heimische Wirtschaft gewarnt und davon gesprochen, dass seiner Ansicht nach jetzt auch Österreich überlegen müsse, etwas Gleiches zu tun.

Inzwischen fordern mehrere Landeswirtschaftskammern, sowie Vertreter aus Tourismus, Handel und Gewerbe ebenso wie die Hotelierversammlung eine an Deutschland angelehnte Regelung.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

## **ANTRAG**

### **Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:**

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass zur weiteren Dämpfung der Energiepreise eine Gaspreisbremse eingeführt wird. Angelehnt an das Modell in Deutschland soll dabei sowohl für Privatkunden als auch für die Wirtschaft ein Unterstützungsprogramm angeboten werden.“

LAbg. Daniel Allgäuer

LAbg. KO Ing. Christof Bitschi

LAbg. Dr. Hubert Kinz

**Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2023, am 1. Februar, den Selbstständigen Antrag, Beilage 147/2022, mit den Stimmen der VP- und NEOS-Fraktion, der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ und SPÖ).**

**Hinweis: siehe auch Vorlage des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, Beilage 14/2023**